

16.11.2006

Resolutionsantrag



der Abgeordneten Hintner und Weninger

zum Vierundzwanzigster und Fünfundzwanzigster Bericht der Volksanwaltschaft an den Niederösterreichischen Landtag (2004-2005) sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung, Ltg.-728/B-17/2

betreffend **Bergwerkssanierung Marienhöhe**

Begründung

In den 70er und 80er Jahren wurden Grundstücke auf der Marienhöhe in Ma. Enzersdorf in Bauland umgewidmet. Auch die Bergbaubehörde wusste angeblich nichts von einem Bergwerk.

Ende der 80er und 90er gab es einige Absenkungen auf den Grundstücken um mehrere Meter. Es gab Sachschäden an Häusern.

Schließlich wurden Probebohrungen durchgeführt, die Licht ins Dunkle eines weit verzweigten Stollensystems brachten.

Durch eine prinzipielle Vereinbarung zwischen Bund, Land Gemeinde konnte eine Finanzierung mit einer Drittellösung im Juni erricht werden. Die erste Million Euro kommt vom Bund und die weiteren zwei Millionen zur Hälfte von Land und Gemeinde. Parallel dazu fand die Beauftragung eines Unternehmens für die Vorbereitung und Planung der Sanierung statt.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die bisherigen Bemühungen weiter zu führen und die Marktgemeinde Maria Enzersdorf weiter zu unterstützen, damit die bereits begonnenen Arbeiten zur Sanierung rasch umgesetzt werden können.“